

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Landtag, 1. Kammer - digitalisiert**

**Baden / Ständeversammlung**

**Karlsruhe, 1819 - 1918**

16. Sitzung (14.06.1902)

**urn:nbn:de:bsz:31-28968**

## Sechszehnte öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 14. Juni 1902.

### Gegenwärtig:

Seine Erlaucht Graf zu Leiningen-Billigheim, die Herren: Prälat D. Gelbing, Graf Robert von Andlaw, Graf Konstantin von Hennin, Freiherr Wilhelm von Röder, Graf Sigmund von Berckheim, Graf Raban von Helmstatt, Freiherr Albrecht von Rüdert, Geheimer Hofrath Dr. Schäfer, Geheimer Hofrath Dr. Rümelin, Oberlandesgerichtspräsident Geheimerath Freiherr von Neubronn, Geheimerath Dr. Engler, Präsident des Verwaltungsgerichtshofs Geheimerath Lewald, Geheimer Kommerzienrath Dissené, Geheimer Kommerzienrath Sander, Geheimer Kommerzienrath Scipio, Kommerzienrath Krafft.

### Von Seiten der Regierungskommission:

die Herren: Präsident des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geheimerath Freiherr von Dusch, Direktor des Großh. Oberschulraths Geheimerath Dr. Arnsperger, Geheimer Oberregierungsrath Becherer, Ministerialrath Dr. Böhm, Ministerialrath Dr. Reichardt.

Unter dem Vorsitze des ersten Vizepräsidenten Graf Franz von Bodman.

Namens der Budgetkommission berichtete Geheimerath Lewald über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, und zwar Ausgabe Titel VIII (Strafanstalten), Titel X, Ziffer II (Mittel- und Volksschulen), Ziffer III (Gewerbliche Unterrichtsanstalten), Titel XI (Wissenschaften und Künste) und Einnahme Titel II (Strafanstalten) und Titel III (Unterrichtswesen) für 1902/03.

Beilage Nr. 228.

Zu Ausgabe Titel VIII — Strafanstalten — nimmt der Berichterstatter Bezug auf die Ausführungen im Kommissionsbericht. Zu dieser Position meldete sich Niemand zum Wort.

Verhandlungen der 1. Kammer 1901/1902. Protokollheft.

Titel X, Ziffer II — Mittel- und Volksschulen.

Berichterstatter Geheimerath Lewald: In dem Werke des Herrn Finanzministers „Staatshaushalt und Finanzpolitik im Großherzogthum Baden in den Jahren 1850 bis 1900“ werde die Entwicklung der Staatsausgaben für Unterrichtszwecke einer besonderen Betrachtung unterzogen. Es werde darin gezeigt, daß der Aufwand für das Unterrichtswesen im Jahre 1900 gegenüber demjenigen vom Jahre 1835 sich mehr als verzwölffacht, dem Aufwand von 1850 gegenüber mehr als verneunfacht habe; die Bevölkerungszunahme habe seit 1830 nur 50 Prozent betragen. Besonders stark seien die Auf-

wendungen für Mittel- und Volksschulen angewachsen. Im vorliegenden Budget werde für das gesammte Unterrichtswesen (einschließlich der Hochschulen) im ordentlichen Etat rund 19 1/2, im außerordentlichen rund 3 1/2 Millionen, also zusammen rund 23 Millionen angefordert. Den Ausgaben gegenüber stünden Einnahmen im ordentlichen und außerordentlichen Etat von 7 Millionen, es verbleibe sonach ein reiner Aufwand von rund 16 Millionen. Hiervon entfielen auf die Hochschulen 6 1/2, auf die Mittel- und Volksschulen 8 und auf die gewerblichen Unterrichtsanstalten 1 1/2 Millionen. Angesichts dieser Summen dürfte sich die Haltlosigkeit des oft gehörten Vorwurfs ergeben, daß der Staat für Kulturaufgaben zu wenig übrig habe. Wenn bei der Erörterung des Budgets für die Hochschulen auf den blühenden Stand derselben habe hingewiesen werden können, so biete auch die allgemeine Entwicklung der Mittelschulen kein unerfreuliches Bild. Anstatt wie früher nur zwei Arten der Mittelschulen (Gymnasien und Bürgerschulen), besäßen wir jetzt ein wohlgegliedertes System von Mittelschulen, das dem erweiterten Bildungsbedürfnis genüge. Im letzten Jahrzehnt seien neben die Gelehrtenschulen (Gymnasium und Progymnasium) die realistischen Schulen getreten, die hauptsächlich der Initiative der Städte zu verdanken seien. In der Mitte ständen die Real- und Realprogymnasien, die hauptsächlich auf den Besuch der technischen Hochschulen vorbereiteten. Es sei nicht zu verkennen, daß die Bestrebungen, gerichtet auf die realistische Bildung, im letzten Jahrzehnt mehr in den Vordergrund getreten seien. Es entspreche dies der ganzen Entwicklung unserer Zeit. Der Antheil der Realschulen an der Gesamtzahl der Schüler sei ein verhältnismäßig großer. Es sei dies nicht zu beklagen, vielmehr insofern zu begrüßen, als den Gymnasien dadurch eine gewisse Entlastung verschafft werde, insofern als Schüler, die früher die Gymnasien nur bis zur Erlangung der Berechtigung zum Einjährig-freiwilligen Dienst besucht hätten, jetzt von dieser Anstalt fern blieben.

Für die Ausbildung des weiblichen Geschlechtes seien die Höheren Töchterschulen bestimmt. Es seien dies Städtedanstalten, die aber vom Staate subventionirt werden. Es sei nun staatlischerseits

in Aussicht genommen, diese Schulen ausgiebiger dadurch zu unterstützen, daß der Staat ein Drittel des ungedeckten Aufwands und zwar ohne Limitierung übernehme. Die Kommission könnte sich mit diesem Plane einverstanden erklären. Die Fürsorge der Regierung für die Ausbildung des weiblichen Geschlechts zeige sich auch darin, daß die Mädchen zu den Gymnasien zugelassen würden. Ein übermäßiger Gebrauch sei von dieser Befugnis bis jetzt nicht gemacht worden, auch lasse sich ein abschließendes Urtheil über diese Maßnahme jetzt noch nicht fällen. Zu begrüßen wäre es aber, daß die Regierung in dieser Richtung vorgegangen sei. Sehr erfreulich sei der Stand der Gewerbe- und Fachschulen, insbesondere die Gewerbeschulen nehmen an Zahl und Umfang zu. Einen trefflichen Beweis über die Leistungsfähigkeit dieser Schulen habe die kürzlich hier stattgehabte Ausstellung gegeben. Die Kaufmannsschulen seien zum größten Theile noch in der Hand von Vereinen und Korporationen; doch beständen schon 19 als Gemeindeganstellungen mit Schulzwang für die männlichen Besucher. Die Einführung des Schulzwangs auch für die Schülerinnen an diesen Anstalten werde von der Regierung in einer Vorlage in Antrag gebracht. Nach den Erklärungen der Regierung in der Zweiten Kammer beabsichtige dieselbe, den Handelsschulen eingehende Fürsorge zu gewähren, insbesondere solle der Einrichtung dieser Schulen und der Ausbildung der Handelslehrer Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Was die Volksschulen anlange, so habe der Herr Oberschulrathsdirektor im anderen Hohen Hause selbst erklärt, daß sie keine gleich günstige Entwicklung genommen hätten wie die Hoch- und Mittelschulen. Als die wichtigsten Aufgaben zur Hebung des Volksschulwesens kämen in Betracht einmal die Neuregelung der Vorbildung der Lehrer und dann die Aufbesserung der Einkommensverhältnisse derselben. In ersterer Beziehung sei die Regierung mit der Frage beschäftigt; es bestehe die Absicht, der Ausbildung eine Realschulbildung zu Grunde zu legen und daran die fachliche Ausbildung in den Lehrerseminarien anzuschließen. Ein derartiges Vorgehen sei richtig, mehr zu thun wäre vom Uebel, insbesondere erscheint es Redner als eine Abjurdität, für die Lehrer eine akademische

Vorbildung zu verlangen. Mit der Aufbesserung des Einkommens der Lehrer werde sich das Hohe Haus demnächst zu befassen haben.

Redner geht sodann auf einzelne Punkte über und bespricht zunächst die Vermehrung der Stellen der akademisch gebildeten Lehrer an den Mittelschulen; die Stellenvermehrung werde einschließlic der im Nachtragsbudget angeforderten Stellen im ganzen 41 betragen. Dadurch werde das Verhältniß zwischen etatmäßigen und nichtetatmäßigen akademisch gebildeten Lehrern erreicht, das schon früher als das niederste Ziel bezeichnet worden sei, das Verhältniß von 4 : 1. Das seitherige Mißverhältniß habe in den beteiligten Kreisen lebhaft und nicht unbegründete Klagen hervorgerufen, und mancherlei Erscheinungen, so die Landflucht der Praktikanten, seien darauf zurückgeführt worden. Bei dem jetzt Erreichten solle nicht stehen geblieben werden, es sollte womöglich ein Verhältniß von 6 : 1 erreicht werden.

Im Zusammenhange damit bespricht Redner die Frage, ob es nicht möglich sei, Anstalten, die einen zu großen Umfang angenommen hätten, zu zerlegen. Er weist besonders auf die Verhältnisse in den Karlsruher Anstalten hin; der Stadtrath plane im Hinblick auf die Größe des Realgymnasiums eine zweite derartige Anstalt zu bauen. Redner bittet die Regierung, zu prüfen, ob nicht auch ein zweites Gymnasium errichtet werden soll.

Auf dem Gebiete des Volksschulwesens werde es als Mißstand empfunden, daß die Beaufsichtigung infolge der zu geringen Anzahl der Kreis-schul-visitaturen nicht genügend sei. Eine Stellenvermehrung sei dringend geboten, auch die Regierung erkenne dies nicht. Sie habe jedoch ihren Wunsch, schon auf dem gegenwärtigen Landtage Abhilfe zu schaffen, wie manch' anderen im Hinblick auf die Finanzlage zurückstellen müssen.

Redner schließt mit dem Wunsche, es möchten sich unsere Finanzen in der nächsten Zukunft so gestalten, daß in weitestem Maße für die fortschreitende Entwicklung des Schulwesens gesorgt werden könne.

Präsident des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geheimerath Frhr. v. Dusch: Der Herr Berichterstatter habe mit vollem Recht darauf hingewiesen, wie erheblich die Aus-

gaben für das Unterrichtswesen in den letzten Jahren gestiegen seien. Auch das sei von demselben richtig hervorgehoben worden, daß die ungünstige Finanzlage gegenwärtig der Erfüllung mancher begründeten Wünsche auf dem Gebiete des Schulwesens entgegenstehe, wie diese auch die Regierung bei Aufstellung des Budgets genöthigt habe, sich in verschiedenen Beziehungen Beschränkungen aufzuerlegen.

Das vorhandene Mißverhältniß zwischen der Zahl der Praktikanten und der Professorenstellen sowie die hieraus sich ergebenden üblen Folgen habe die Regierung nicht verkannt und sie habe daher sowohl im vorliegenden Budget als auch ganz besonders noch im Nachtragsetat eine Anzahl von Professorenstellen angefordert. Es sei jedoch nur die Schaffung eines Verhältnisses von annähernd 4 zu 1 hierdurch jetzt zu erreichen gewesen, die Herstellung eines günstigeren Verhältnisses müsse der Zukunft überlassen werden.

Es sei auch Ansicht der Regierung, daß es im Falle der Ueberfüllung einer Anstalt angezeigt sei, eine Zerlegung derselben eintreten zu lassen. Beim Karlsruher Gymnasium lägen die Verhältnisse aber nicht so, daß die alsbaldige Errichtung eines zweiten Gymnasiums in Erwägung gezogen werden müßte; die Schülerzahl an dieser Anstalt sei sich in den letzten Jahren im Wesentlichen gleich geblieben. Die Errichtung eines zweiten Gymnasiums in Karlsruhe wäre übrigens auch mit einer starken Belastung des gegenwärtig nicht besonders tragfähigen Staatshaushalts verbunden. Was die Zahl der Schüler in den einzelnen Klassen anlange, so sei die Unterrichtsverwaltung bestrebt, einer zu großen Schülerzahl in einzelnen Klassen vorzubeugen. Von einer Ueberfüllung könne wohl auch nirgends gesprochen werden.

Welche Beurtheilung die Zulassung der Mädchen an den Mittelschulen zu erfahren habe, das ließe sich wohl erst in der Zukunft übersehen. Es werde sich dann auch zeigen, ob das gegenwärtige System durchführbar sei, oder ob für die Mädchen, die sich für das Studium vorbereiteten, nicht besondere Anstalten, wie das bereits in Karlsruhe bestehende Mädchengymnasium, zu errichten seien. Für die anerkennenden Worte, die der Herr Berichterstatter den Gewerbe- und Fachschulen,

sowie den Handelsschulen gewidmet habe, sei er dankbar; die stattgehabte Ausstellung sei in der That ein erfreuliches Zeichen des blühenden Standes der Gewerbeschulen gewesen.

Auf dem Gebiete des Volksschulwesens habe der Staat noch manche Aufgaben zu erfüllen und es müßten noch größere Opfer gebracht werden, als bis jetzt geschehen sei. Daß aber auch seither das Volksschulwesen reichlich bedacht worden sei, könne nicht in Abrede gestellt werden. Die dem Hohen Hause demnächst zugehende Vorlage werde eine Steigerung des Aufwands für die Volksschulen um drei Viertel Millionen zur Folge haben.

Den Ausführungen des Herrn Berichterstatters über die Vorbildung der Lehrer könne er durchaus beitreten; insbesondere habe der Herr Berichterstatter die Grenzen richtig bezeichnet, innerhalb deren sich das geplante Vorgehen der Regierung auf diesem Gebiete zu bewegen habe werde.

Seitens der Regierung müsse anerkannt werden, daß die gegenwärtige Zahl der Kreisschulvisitationen zu gering sei. In das gegenwärtige Budget habe die bereits in Aussicht genommene Vermehrung nicht aufgenommen werden können, doch glaube er zusagen zu können, daß im nächsten Budget eine nicht unerhebliche Vermehrung der Kreisschulvisitationen werde in Vorschlag gebracht werden.

Geh. Hofrath Dr. Schäfer bespricht einige wichtige Fragen, die mit dem zur Berathung vorliegenden Budget in Zusammenhang stehen.

Das Gebiet des Mittelschulwesens sei lange Zeit hindurch der Tummelplatz heftiger Kämpfe gewesen. Begonnen hätten dieselben mit der Ueberbürdungsfrage. Heute sei diese Frage als erledigt zu betrachten; es werde auch in weiten und gerade in den zunächst zum Urtheil berufenen Kreisen zugegeben, daß sie stark aufgebauert worden sei. Es bestehe vielmehr die Gefahr, daß die Schüler zu wenig in Anspruch genommen würden, daß sie nicht lernen, was vor Allem auf einer guten Mittelschule gelernt werden soll, ernst und selbständig zu arbeiten. Er würde es mit Freuden begrüßen, wenn diese Auffassung in der Schule durchaus zur Geltung käme.

Zum Zusammenhange mit der Ueberbürdungsfrage habe der Kampf gegen die alten Sprachen

gestanden, denen die Ueberbürdung zugeschrieben worden sei. Redner will sich auf eine eingehende Werthschätzung der alten Sprachen nicht einlassen; er will nur hervorheben, daß, was in dem letzten glorreichen Jahrhundert von uns errungen worden sei, unter der Vorherrschaft der Gymnasialbildung habe erreicht werden können. Auch das sei nicht zu übersehen, daß unsere Erfolge im Auslande vielfach der in unserem Volke verbreiteten tüchtigen klassischen Bildung zugeschrieben werden, und daß man sich bemüht habe, diesen Unterschied durch Reformen im Anschluß an deutsche Muster auszugleichen. Im Kampfe um das Mittelschulwesen sei auch behauptet worden, daß das Wissen zu hoch eingeschätzt werde und daß das Können als gleichwerthig anzusehen oder gar in den Vordergrund zu stellen sei, und es seien dabei Meinungen ins Gefecht geführt worden, die durch die Autorität der Stelle, von der sie ausgingen, ein größeres Gewicht erlangten, als ihnen an sich zustand. Man könne sagen, daß dieser Kampf jetzt eine, wenn auch nicht glückliche, so doch schwer zu umgehende, vielleicht unvermeidliche Lösung gefunden habe. Es sei die Ordnung eingeführt, daß die Abiturienten aller neunklassigen Lehranstalten zum Studium an den Hochschulen zugelassen würden, unter Umständen nach Ablegung von Nachprüfungen. Nun sei allen Lehranstalten die Möglichkeit gegeben, sich im freien Wettbewerb zu bethätigen, und damit sollte nun für die Mittelschulen ein Zustand der Ruhe eintreten; es sollte ihnen nicht nur für Jahre, sondern für Jahrzehnte die Möglichkeit gegeben werden, ihr Können, jede nach ihrer Art, zu zeigen.

Redner gibt dem Wunsche Ausdruck, den Gymnasialunterricht auf seinen derzeitigen Grundlagen unverändert zu bewahren. Der Unterricht in den klassischen Sprachen sollte in keiner Weise verkürzt, sondern, wenn möglich, noch verstärkt werden. Neben den klassischen Sprachen bilde die Pflege der Mathematik die Grundlage einer tüchtigen Gymnasialbildung. Die stärkere Betonung anderer Lehrfächer in den Gymnasien halte er für nicht angezeigt. Es sollte insbesondere dem weiteren Vordringen der neueren Sprachen, der beschreibenden Naturwissenschaften und der Geographie auf den Gymnasien ein Niegel vorgeschoben werden;

auch der Geschichtsunterricht bedürfe keiner größeren Stundenzahl. Das was dem Lehrplane nach hier gelehrt werden müsse, sei völlig ausreichend. Für die Geschichte sei allerdings die Forderung aufzustellen, daß der Lehrplan auch für die Ereignisse nach 1815 stets zur vollen Durchführung komme.

Wie bemerkt, halte er die Zulassung der Abiturienten aller neunklassigen Schulen zum Studium für keine glückliche Maßnahme, müsse aber ausdrücklich hinzufügen, daß er damit keinerlei Tadel über die verantwortliche Behörde aussprechen wolle. Er würde, wenn befragt, selbst nicht in der Lage sein, einen befriedigenden Ausweg aus den vorhandenen, verwickelten Zuständen zu zeigen. Er befürchte aber, daß sich nicht nur für den Universitätsunterricht, sondern auch für die jungen Leute selbst Schwierigkeiten ergeben könnten. In der philosophischen Fakultät, die doch die zukünftigen Mittelschullehrer zumeist heranbilde, seien dem Oberrealschulabiturienten ohne Nachexamen so gut wie alle Fächer verschlossen und mit Nachexamen nur unter schweren Opfern an Zeit und Kraft erreichbar. Auch von der Promotion sei nach der neuen Ordnung ein Oberrealschulabiturient ausgeschlossen. Er wolle bei diesem Anlasse wiederholen, was er schon bei früherer Gelegenheit bemerkt habe, daß es die Universitäten dauernd ablehnen müßten, eine mangelhafte Vorbildung durch ihre Organe zu ergänzen.

Zu einem andern Punkte übergehend, führt Redner aus, daß wohl bei keinem anderen Berufe eine so lose Verbindung zwischen der auf der Universität genossenen Vorbildung und den Erfordernissen der späteren Amtsthätigkeit bestehe, wie bei den Lehrern an den Mittelschulen. Die Universitäten seien vielfach als Bildungsstätten für höhere Beamte begründet und in diesem Sinne von den Regierungen gefördert worden, aber sie hätten von jeher mit Vorliebe, und nach Redners Meinung mit berechtigter Vorliebe, ihre rein wissenschaftlichen Aufgaben stark betont. Diesen ihren Charakter bestreite jetzt Niemand mehr. Aber er führe sie gelegentlich ziemlich weit ab von dem, was das Leben unmittelbar fordere, und besonders sei das in der philosophischen Fakultät der Fall gegenüber dem, was in den Schulen verwendbar

sei. Die Gegenstände, die in den Vorlesungen und besonders in den einen großen Theil der Zeit und Kraft der Studierenden in Anspruch nehmenden seminaristischen Uebungen behandelt werden, bestimmen sich zumeist nach rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten und liegen nicht selten stark abseits von denjenigen Gebieten eines in der Schule vertretenen Lehrfaches, auf denen der Lehrer vor Allem stark sein soll. Daran vermöge die Regierung durch Verordnungen wenig oder nichts zu ändern.

Redner führt das im Einzelnen näher aus, indem er besonders auch die lange Zeit maßgebend gewesene und noch heute nicht entbehrliche Spezialisierung der Wissenschaft in den Kreis seiner Erörterungen zieht. Die Wissenschaft reguliere sich zum großen Theil wieder selbst, und auf die Zeiten der Spezialisierung folgen Zeiten der Sammlung. Aber die Spezialisierung sei nicht ohne Nachwirkung vorübergegangen, und derartige spezialisierende Bestrebungen spiegeln sich in der Entwicklung der Prüfungsordnungen der letzten Jahrzehnte wieder, und gelangten neuerdings zum Ausdruck in dem Entwurfe, der gerade aus Lehrerkreisen der Schulverwaltung unterbreitet worden sei. In diesem ihrem Einfluß seien sie nicht unbedenklich, und Redner gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß man nicht Prüfungsordnungen einführen dürfe, die es dem Lehramtskandidaten durch zu weit geführte Spezifizierung erschweren, sich in den Fächern seiner Wahl die für ihn so wichtige, in erster Linie zu fordernde gute Allgemeinbildung zu erwerben.

Besonders gefreut habe ihn die Erklärung der Regierung, den Mädchenschulen Förderung angedeihen lassen zu wollen. Dem Anspruche des schönen Geschlechts auf Universitätsbildung sei durch die Anordnungen der Regierungen vollauf Genüge geschehen. Die Frau könne jetzt genau unter den gleichen Bedingungen, wie der Mann, eine solche Bildung erwerben. Redner halte aber daran fest, daß das Normalinstitut für eine tüchtige Erziehung der weiblichen Jugend die höhere Töchterchule mit anschließenden Fortbildungskursen, nicht das Gymnasium sei. Er könne die vollendete Universitätsbildung, und am wenigsten gerade die der deutschen Universitäten, wie sie geworden sei und mit vollem Rechte und im Wesentlichen unabänderlich bestehe,

nicht als das Ideal weiblicher Bildung anerkennen. Um so freundiger begrüße er die Bereitwilligkeit der Regierung, für die Weiterentwicklung der höheren Töchterschulen einzutreten, und könne nur wünschen, daß das bald in noch ausgiebigerem Maße geschehen könne.

In dem andern Hohen Hause sei darauf abgehoben worden, daß in dem Geschichtsunterricht auch die Kulturgeschichte behandelt werden soll. Er müsse sich entschieden dagegen aussprechen, daß in den Geschichtsunterricht zusammenhangslos einzelne sogenannte kulturgeschichtliche Sätze eingestreut werden. Ein Gegensatz zwischen dem Persönlichen und Zuständlichen, wie er in dem andern Hohen Hause zur Sprache gebracht worden sei, bestehe nicht. Die Persönlichkeit könne nur verstanden werden im Zusammenhange mit ihrer Umgebung, das Genie und sein Auftreten aber herleiten und völlig erklären zu wollen aus dem Zuständlichen, aus dem Milieu, sei ein Beginnen, das jeder tieferen Auffassung nur ein Lächeln ablocken könne. Als unentbehrliche Grundlage jeder geschichtlichen Einsicht sei stets ein fester Bestand von Thatsachen und Daten zu fordern.

Aus dem Unterricht in den klassischen Sprachen dürfe die Grammatik nicht mehr verdrängt werden, als schon geschehen sei. Die Ausbildung in der Grammatik drohe übrigens auch im neu sprachlichen Unterricht zu sehr in den Hintergrund zu treten.

Zum Schlusse gibt Redner seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Regierung dem Wunsche, die Lehrer an den Mittelschulen möchten bei der Revision des Gehaltstarißs gebührend berücksichtigt werden, sich sympathisch gegenüber gestellt habe. Es müsse als Grundsatz festgehalten werden, daß Beamte von akademischer Vorbildung in Rang und Einkommen gleichzustellen seien.

Direktor des Großh. Oberschulraths, Geheimerath Dr. Arnsperger, glaubt in Uebereinstimmung mit dem Herrn Vorredner, daß die Ueberbürdungsfrage jetzt wohl als erledigt betrachtet werden könne, daß vielmehr, wie der Herr Vorredner richtig hervorgehoben habe, die Gefahr bestehe, daß an die Schüler zu geringe Anforderungen gestellt werden. Die Oberschulbehörde werde ernstlich darauf bedacht sein, daß die Schüler an den Mittelschulen strenges und selbständiges Arbeiten lernten und

darin geübt würden — was doch ein Hauptzweck der Schule sei — und daß sie deshalb zu ernstlichem und reifen Arbeiten herangezogen werden.

Auch der Kampf gegen die alten Sprachen gehört nach des Redners Meinung einer früheren Zeit an. Er sei in einer Zeit des Uebergangs entstanden, in der die Realmittelschulbildung noch nicht die volle Anerkennung gefunden, die sie erstrebt habe. Nachdem jetzt aber auch sie als gleichwerthig mit der Gymnasialbildung, wenn auch als andersklassig anerkannt sei, glaube er, werde man sich über den Werth der humanistischen und realistischen Bildung verständigt haben, umso mehr, als sich auch die Tendenz geltend mache, die Berechtigungen auf Grund der Realschulbildung zu erweitern.

Auch Redner hält es für wünschenswerth, daß für die Mittelschulen jetzt eine Zeit der Ruhe kommen sollte. Was das Gymnasium anlange, so seien wir in Baden in der glücklichen Lage, daß dasselbe noch auf denselben Grundlagen ruhe, wie früher. Man hat dem Drängen auf Verminderung des klassischen Unterrichts nicht nachgegeben und werde denselben Standpunkt auch in Zukunft einhalten. Mit Recht habe der Herr Vorredner hervorgehoben, daß die Gymnasialbildung in erster Linie auf der Pflege der klassischen Sprachen und dem Unterricht in der Mathematik beruhe. Was diese letztere anlange, so sei an die Oberschulbehörde die dringende Bitte herangetreten, den Unterricht in der Mathematik auszudehnen, d. h. demselben eine weitere Wochenstunde — wie dies früher der Fall war — im Lehrplan zu gewähren. Die Ausdehnung des Unterrichts müßte aber gerade in einer Klasse (Tertia) geschehen, wo die Schüler im übrigen schon sehr stark in Anspruch genommen seien. Da würde sich dann doch die Frage aufwerfen, ob man nicht im Falle der Ausdehnung des Mathematikunterrichts, um eine Ueberlastung der Schüler zu verhüten, an der Stundenzahl anderer Unterrichtsfächer einen Abstrich stattfinden lassen müßte. Die Möglichkeit eines solchen Abstriches habe sich aber nicht ergeben, insbesondere könnte eine Verminderung der Unterrichtszeit in den klassischen Sprachen nicht als zweckmäßig betrachtet werden; es habe deshalb dem Wunsche der

Mathematiker bis jetzt nicht entsprochen werden können, da man unter allen Umständen eine Ueberlastung der Schüler vermeiden wolle. Was den vom Herrn Vorredner berührten Unterricht in den neueren Sprachen anlangt, so habe er (Redner) bereits früher in diesem Hohen Hause erklärt, daß hier nicht weitergegangen werden könne, und daran müsse er auch heute festhalten.

Der Herr Vorredner sei sodann auch auf die Ausbildung und die Prüfungsordnung für die Mittelschullehrer zu sprechen gekommen und habe betont, es sei eine eigenartige Bestimmung, daß Oberrealschulabiturienten, die doch keine Kenntniß des Lateinischen und Griechischen besäßen, zum Studium der klassischen Philosophie zugelassen werden sollten. Der Verein unserer akademisch gebildeten Mittelschullehrer habe sich für volle Freigabe des Studiums auch für die Oberrealschulabiturienten ausgesprochen. Auf die seitens der Oberschulbehörde geäußerten Bedenken, es könnten dadurch junge Leute auf einen falschen Weg gedrängt werden, habe man erwidert, in den wohl seltenen Fällen, in welchen ein Oberrealschulabiturient das Studium des fraglichen Faches unternehmen werde, würde ein tüchtiger Mensch sich schon durcharbeiten, ein minder tüchtiger werde aber Fiasco machen, beziehungsweise seine Bestrebungen von selbst aufgeben. Von der Wichtigkeit dieser Anschauung habe er (Redner) sich bis jetzt noch nicht völlig überzeugen können und es sei dies auch ein Grund, daß die Prüfungsordnung noch nicht dem Ministerium vorgelegt und publiziert worden sei. Wenn in der Prüfungsordnung ausgesprochen werde, alle Abiturienten neunklassiger Lehranstalten sollten zu dem Studium und Berufe der klassischen Philosophie zugelassen werden, dann sei es wohl kaum möglich, bei den Juristen einen anderen Standpunkt einzunehmen. So lange die Frage der Vorbildung der Juristen durch das Ministerium nicht entschieden sei, so lange habe er geglaubt, auch mit der Vorlage der Prüfungsordnung für die Mittelschullehrer an das Ministerium zu warten zu sollen.

Was die Vorbildung der Mittelschullehrer auf den Universitäten anlangt, so könne er bestätigen, daß die von dem Herrn Vorredner hervorgehobenen Schwierigkeiten wirklich vorliegen. Es

rühre dies von dem doppelten Charakter der Universitäten her, die einerseits auf den praktischen Beruf eines Mittelschullehrers vorbereiten sollten und dann auch Stätten für ernste wissenschaftliche Arbeit und Weiterforschung sein müssen. Doch glaube er, daß es sich wohl werde ermöglichen lassen — und es werde dies Sache des pflichthaften Ermessens des akademischen Lehrers sein — auch neben der wissenschaftlichen Forschungsarbeit die erforderliche Rücksicht auf die Bedürfnisse der Ausbildung für den Beruf zu nehmen. Andererseits sei es für die Mittelschullehrer von großem Werthe, daß sie auf den Universitäten einen Einblick in die wissenschaftliche Arbeit derselben erhielten und daß ihre Ausbildung auf streng wissenschaftlicher Grundlage beruhe. Was die Spezialisierung der einzelnen Fächer in der Prüfungsordnung anlangt, so gehe der Entwurf wesentlich von der Grundlage aus, eine zu spezielle Ausbildung nur in einem einzelnen Fache zu vermeiden, vielmehr eine allgemeine Bildung unserer Mittelschullehrer — wie sie dem praktischen Bedürfnis des Mittelschulunterrichts entspreche — herbeizuführen. So sei bezüglich der Paläographie und der Diplomatik im Sinne des dankenswerthen Gutachtens des Herrn Vorredners entschieden worden. Schwierigkeiten biete hauptsächlich noch die Stellung der Geographie in der Prüfungsordnung. Die Geographen wollten ihre Interessen thunlichst wahren, auch müßten wir nach unserem Lehrplan geographisch ausgebildete Lehrer durchaus haben. Es müsse deshalb ein Ausgleich versucht werden. Schwierig sei dies deshalb, weil die Geographie in das Gebiet von zwei Wissenschaften einschlage, einerseits in das Wissensgebiet der Naturwissenschaft, andererseits in das der Geschichte. Die Geographie könne aber als selbständiges Fach mit Rücksicht auf den Lehrplan unserer Mittelschulen jedenfalls nicht ganz aus der Prüfungsordnung ausgeschieden werden.

Den Ausführungen des Herrn Vorredners über die Mädchenschulen kann Redner beipflichten; es sei richtig, daß die Grundlage der Ausbildung der Mädchen die Mädchenschule bleiben müsse und daß deshalb die in ihr zu erwerbende Ausbildung eine weitere Ausgestaltung und geistige Vertiefung erfahren dürfte. Daß an diese Schulen andere Ab-

theilungen angeschlossen werden, könne an dem Charakter der höheren Mädchenschule selbst nichts ändern; dies müsse als Ausnahme und als Einrichtung betrachtet werden, damit hierdurch den Mädchen, die sich dem Studium oder einer sonstigen fachlichen Ausbildung widmen wollen, die Möglichkeit der entsprechenden Vorbildung gewährt werde.

Bezüglich des Geschichtsunterrichts — der Betonung der Kulturgeschichte — sowie der Pflege der klassischen Sprachen, insbesondere der Bedeutung der Grammatik schließt sich der Redner den vom Vorredner in dieser Beziehung geäußerten Anschauungen durchaus an; er glaubt nicht, daß die Oberschulbehörde an den bestehenden Verhältnissen Änderungen in den fraglichen Richtungen werde eintreten lassen.

Für die Anregung des Herrn Vorredners hinsichtlich der Berücksichtigung der Mittelschullehrer bei der Revision des Gehaltstarifs sei er dankbar; der Frage der Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Mittelschullehrer und ihrer Stellung überhaupt werde die Oberschulbehörde jede thunliche Förderung zuzuwenden bestrebt sein.

Geh. Hofrath Dr. Schäfer gibt dem Wunsche Ausdruck, es möchte keine Prüfungsordnung in Kraft treten, durch die eine Kombination der Geographie mit der Geschichte ausgeschlossen werde.

Zu Titel X, 3. — Gewerbliche Unterrichtsanstalten. —

Geh. Kommerzienrath Scipio berührt zunächst die Frage der Errichtung einer Baugewerkschule in Mannheim und kommt sodann auf die dortige private Ingenieurschule zu sprechen, deren Errichtung in Mannheim, deren Organisation und deren Verhältniß zur Stadt. Ausgehend davon, wie wichtig gerade für die Industriestadt Mannheim die Heranbildung technischen Personals wäre, möchte er dem Wunsche Ausdruck geben, ob es nicht möglich wäre, dieser Schule auch eine staatliche Unterstützung, die sie sehr wohl brauchen könne, zu Theil werden zu lassen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine staatliche Subvention schon im nächsten Budget vorgesehen werden möchte.

Geh. Kommerzienrath Dissené unterstützt die Ausführungen und den Wunsch seines Herrn Vorredners auf das Wärmste. Er betont insbesondere, daß die finanziellen Ergebnisse der Schule keine

günstigen seien, so daß die Neuerrichtung einer vierten Abtheilung, die mit erheblichen Kostenaufwendungen verbunden sei, auf große Schwierigkeiten stoße.

Präsident des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geheimerath Frhr. v. Dusch: Die mit erheblichen Kosten verbundene Errichtung einer Baugewerkschule in Mannheim könne nicht in Aussicht gestellt werden. Der Frage der Unterstützung der Ingenieurschule daselbst werde die Regierung näher treten. Es werde von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Verhältniß die Schule zu der Stadt stehe; denn die Unterstützung reiner Privatanstalten seitens des Staats finde grundsätzlich nicht statt. Falls der Regierung in dieser Beziehung das nöthige Material vorgelegt werde, dann werde sie in eine wohlwollende Prüfung der Frage eintreten.

Geh. Kommerzienrath Dissené dankt der Regierung für diese wohlwollende Auskunft und erklärt, es solle die Unterstützung nicht an die Schule, sondern an die Stadt zur Unterstützung der Schule von sich aus gewährt werden.

Geheimerath Dr. Engler erkennt den Anspruch Mannheims auf eine gewerbliche Anstalt als begründet an, die Erstellung einer zweiten Baugewerkschule wäre aber für Baden eine zu große Last; er betont nach seinen eigenen Erfahrungen, daß die Erfolge, die man mit den in Rede stehenden Privatschulen gemacht habe, keine besonders vertrauenerweckende seien. Er regt den Gedanken an, ob es nicht möglich wäre, für Mannheim eine Staatsanstalt zu errichten, vielleicht derart, daß zwei Fachabtheilungen der Karlsruher Baugewerkschule errichtet werden. Die Abtheilungen für Maschinenbau und Elektrotechnik seien hier stark überzogen und es wäre, wenn der Zugang weiter zunimmt, vielleicht angezeigt, anstatt einer Erweiterung der hiesigen Schule zwei derartige Abtheilungen in Mannheim zu errichten.

Zu Titel XI — Wissenschaften und Künste macht der Berichterstatter auf Mißstände im Gebäude der vereinigten Sammlungen aufmerksam. Angesichts der stetigen Vermehrung der Sammlungen, besonders des ethnographischen Theiles derselben, seien die Räume unzureichend, so daß ein

großer Theil der vorhandenen Sammlungen nicht aufgestellt werden könnte. Die Mißstände seien — wie er wisse — der Regierung bekannt, auch sei er davon unterrichtet, daß seit geraumer Zeit Verhandlungen behufs Beseitigung der beregten Mißstände schwebten. Es ließe sich dies vielleicht dadurch erreichen, daß das Sammlungsgebäude durch Erstellung eines — im Plane vorgesehenen — Mitteltraktes zwischen den beiden Flügeln vergrößert werde. Die Kommission bitte die Regierung, dieser Angelegenheit nachdrückliche Förderung zu Theil werden zu lassen.

Ministerialrath Dr. Böhm: Der vom Herrn Vordredner beregte Mißstand sei der Regierung nicht entgangen, man sei schon lange mit der Frage beschäftigt, wie Abhilfe geschaffen werden könne. Bereits beim Bau des Aulagebäudes der Technischen Hochschule habe man erwogen, ob nicht das Naturalienkabinet dort untergebracht und dadurch den Sammlungen für Alterthums- und Völkerkunde im Sammlungsgebäude Platz geschaffen werden könne. Zum Segen der Technischen Hochschule habe man diesen Plan aufgegeben; denn alsbald nach der Beziehung der Räume des Aulagebäudes habe sich gezeigt, daß alle die Räume für die Technische Hochschule nöthig seien. Die Regierung sei dann dem Projekte der Erstellung eines Verbindungsbaues zwischen den beiden Flügeln des Sammlungsgebäudes näher getreten; dadurch würde aber dem Bedürfnis nur für kurze Zeit gedient werden. Man habe deshalb daran gedacht, die beiden Seitenflügel zu verlängern und den Verbindungsbau nach Süden vorzuschieben. Dieses Projekt sei aber mit großen

Kosten verbunden und begegne der Schwierigkeit, daß der erforderliche Platz zunächst nicht zu erwerben sei. Die Regierung habe sich bei dieser Sachlage bemüht, in einem anderen Gebäude Räume für einen Theil der Sammlungen zu gewinnen; die bezüglichen Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Die Regierung werde jedenfalls bestrebt sein, dafür zu sorgen, daß die in den Sammlungen verborgen liegenden Schätze dem Publikum zugänglich gemacht werden. Ein bestimmtes Versprechen schon für die nächste Budgetperiode könne nicht abgegeben werden. es müsse auf die Finanzlage Rücksicht genommen werden. Wenn es aber möglich sei, diesem dringenden Bedürfnisse schon im nächsten Budget gerecht zu werden, so gehe damit ein lang gehegter Wunsch der Regierung seiner Erfüllung entgegen.

Zu den übrigen Positionen wurde das Wort nicht mehr erbeten und es wurde sodann der Antrag der Kommission

„Hohe Erste Kammer wolle vom Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1902 und 1903 die Titel VIII, X Ziffer II und III, sowie Titel XI der Ausgabe, und die Titel II und III der Einnahme nach Maßgabe der Beschlüsse der Hohen Zweiten Kammer genehmigen“ einstimmig angenommen und die Sitzung geschlossen.

Zur Beurkundung.

Die Sekretäre:  
Freiherr A. v. Rüd. t.  
Graf von Hennin.